



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENSTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrengasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSSITZUNG vom 18. und 19.01.2023

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 22 Planstellenbesetzungen beschlossen

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

FSG im Zentrallausschuss

Urgenanztrag betreffend Belohnung Corona-Pandemie

AUF im Zentrallausschuss

Antrag auf Ablehnung der geplanten neuen Beschwerde- und Untersuchungsstelle für Misshandlungsvorwürfe gegenüber der Polizei, die mit NGO-Vertretern mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet werden sollen und von Amts wegen zu ermitteln haben

DA-SIAK-BZS

Antrag betreffend der geplanten Renovierung und Übersiedelung des BZS Absam

FA Wien

Antrag auf Gewährung von Belohnungen als Teuerungsprämie bzw. in Form von SODEXO-Geschenk-Pässen

Antwortschreiben

BMI: Antwortschreiben bzw. Protokoll zum Antrag des ZA, dass keine Asylwerber in Polizeidienststellen untergebracht werden sollen

Die BBU wird entsprechende Adaptierungsmaßnahmen vornehmen. Die Suche nach neuen Quartier-Standorten (Bundesbetreuungseinrichtungen) erweist sich jedoch als schwierig. Daher wurden auch vorübergehend „Wartezonen-Lösungen“ innerhalb der asylrechtlichen Abarbeitungsbereichen in den LPD geschaffen und Polizeischüler werden bzw. wurden bei der Aufarbeitung und Abwicklung der Anträge eingesetzt.

Die „Überlauferlässe“ von Juni und August wurden in einem Erlass zusammengefasst und mit 06.12.2022 verlautbart. Aktuell ist die Anzahl der Flüchtlinge rückläufig und somit entspannt sich derzeit die Lage.

Erfahrungsgemäß wird sich die Situation im Frühling wieder verschlechtern. Dementsprechend sollte vorausschauend auf das Frühjahr geblickt und dafür Sorge getragen werden, dass dann wieder ausreichend Kapazitäten bei einem etwaigen Anstieg von Asylwerbern vorhanden sind.

BMI: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Kärnten betreffend Aufnahme einer Karenzvertretung und Besetzung der offenen Planstellen in der Polizeiküche Klagenfurt

Seitens der zuständigen Abt. II/BPD/3 wurde bereits am 08.11.2022 die Zustimmung zur Aufnahme einer Karenzvertretung eines Koches/einer Köchin erteilt und das Referat I/B/8/b um Setzung der weiteren Schritte ersucht.

Seitens des Ref. I/B/8/b erging daraufhin am 15.11.2022 an die LPD Kärnten die Genehmigung zur Aufnahme eines/r Koch/Köchin (Facharbeiter/in im erlernten Lehrberuf) als befristete/r VB h2/1 für die LA, HS 1.2 – Polizeiküche Klagenfurt

BMI: Antwortschreiben zum Antrag des ZA betreffend Auszahlung einer steuer- und abgabenfreien Teuerungsprämie in der Höhe von bis zu Euro 3.000,-

Die Auszahlung der beantragten Teuerungsprämie könnte nur in Form einer sogenannten Teuerungszulage iSd § 170 Gehaltsgesetz erfolgen.

Die Gewährung/Bemessung einer derartigen Teuerungszulage bedürfte, der zit. Bestimmung zufolge, als rechtliche Basis einer im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates zu erlassenden Verordnung der Bundesregierung.

Nur bei Vorliegen einer solchen Rechtsgrundlage für die Ausschüttung erforderlichen Verordnung wäre eine allfällige steuerfreie Auszahlung denkbar.

Die allfällige Initiierung einer derartigen Verordnung liegt in der Zuständigkeit des BMKÖS wobei das BMKÖS dabei wohl den gesamten Bundesdienst zu berücksichtigen hätte.

Dem Innenressort kommen im Lichte dieser Ausführungen somit keine Zuständigkeiten zu, weshalb dem Antrag nicht gefolgt werden kann.

Schadensfälle

Am 17.01.2023 wurden 16 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bereits mitgeteilt.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 329 Schriftstücke behandelt.

Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN
Vorsitzender

Hermann GREYLINGER
Vorsitzender Stv.

Reinhold MAIER
Vorsitzender Stv.

